

Medienmitteilung vom 3. Juli 2007

Versprechen umsetzen – verlässlich politisieren – IV sanieren

Nach taktischem Hin und Herr hatte der Nationalrat in der Märzsession eine Anhebung der Mehrwertsteuer zugunsten der IV verworfen. Den Ausschlag dazu gaben neben der grundsätzlich opponierenden SVP die FDP und die CVP. Nun hat auch die Sozialkommission des Ständerates das Geschäft auf unbestimmte Zeit verschoben, wie Kommissionspräsidentin Erika Forster heute informierte. Die IV-Zusatzfinanzierung wird offensichtlich – trotz milliardenschwerem Schuldenberg – immer noch nicht ernst genommen.

Die Abstimmung vom 17. Juni hat deutlich aufgezeigt, welchen Weg die Bevölkerung bei der IV einschlagen will. Das Ja der Bevölkerung ist auch ein Bekenntnis zur Integration von Menschen mit Handicap und zur langfristigen finanziellen Sicherung der Invalidenversicherung.

Die Zeit des Lavierens ist vorbei. Politik und Wirtschaft müssen ihre Versprechen aus der Abstimmungskampagne in Taten umsetzen. Die Arbeitgeber und ihre Verbände müssen nun jene Arbeitsplätze schaffen, die sie in der Kampagne propagiert haben und sich aktiv für die Integration von Menschen mit Behinderung in die Arbeitswelt einsetzen.

Und die nationale Politik muss endlich verlässlich politisieren, sich klar zu einer Zusatzfinanzierung über Mehrwertsteuer- oder Lohnprozente bekennen und dem unwürdigen Trauerspiel ein Ende setzen.

Der Schuldenberg der IV wächst täglich – Zuschauen ist nicht nur gegenüber Menschen mit Behinderung sondern auch im Bezug auf die Bundesfinanzen verantwortungslos.

Für weitere Auskünfte:

Christine Häsler, Fraktionspräsidentin Grüne, Bereichsleiterin Sozialpolitik Procap,
079 379 47 05